



Annette Widmann-Mauz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Michael Donth

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Reiner Tisch statt Runder Tisch – Widmann-Mauz und Donth bleiben bei Kritik an Landesregierung

Berlin, den 22. Mai 2014
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Die CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB und ihr Reutlinger Kollege Michael Donth MdB nehmen Stellung zur SPD-Forderung nach einem Runden Tisch zur weiteren Planung der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb.

Widmann-Mauz MdB: „Dass sich die SPD nach ihrer vorschnellen Euphorie über den vermeintlichen Durchbruch bei der Stadtbahn nun auch mit den noch offenen Finanzierungsfragen auseinandersetzt, ist zu begrüßen. Doch was wir jetzt brauchen, ist kein Runder Tisch, sondern „ein reiner Tisch“ vom Landesverkehrsminister. Seine Behauptung, dass zentrale Problem der Endfinanzierungsgarantie sei nach Aussagen des Bundes vom Tisch, ist weder korrekt noch nachvollziehbar. Wie Herr Hermann zu dieser Aussage kommt ist unerklärlich. Die Endfinanzierungsgarantie einschließlich der DB-Streckenanteile durch das Land, ist Grundvoraussetzung und damit KO-Kriterium für die anteilige Projektfinanzierung durch den Bund“, erklärt Widmann-Mauz MdB und zitiert aus einer Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums (BMVI), die ihr über den für Bahninfrastrukturprojekte zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann (CSU) am 21.05.2014 aktuell zugegangen ist. Darin heißt es zur Regionalstadtbahn:

„Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist durch das Land sicher zu stellen. Dies beinhaltet die komplementäre Finanzierung zur anteiligen Finanzierung mit Bundesfinanzhilfen, die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Anteile (z. B. der Planungs- und Vorbereitungskosten) und die Finanzierungsanteile, die ggf. nicht anteilig (mit bis zu 60 % der zuwendungsfähigen Kosten) bis 2019 im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms finanziert werden können, sowie die ggf. erforderliche anschließende Finanzierung nach 2019.“



Auch wurde vom Bundesverkehrsministerium klargestellt, dass „die DB-Anteile mit zur Gesamtfinanzierung gehören, die vom Land sicherzustellen ist. Dies hat im Rahmen einer Finanzierungsvereinbarung zwischen Land und DB zu erfolgen.“

Für Donth ist damit die rot-grüne Landesregierung am Zug: „Die Kritik der Landräte Reutlingens und Tübingens ist und bleibt berechtigt. Sie haben darauf vertraut, dass das Land die Finanzierungsrisiken, die sich aus dem im Jahr 2019 auslaufenden Förderprogramm von Bund, Ländern und Kommunen ergeben, wie vereinbart übernimmt und der Minister zu seinem Wort steht.“

Für Widmann-Mauz und Donth ist der Fahrplan für die Regionalbahn deshalb glasklar: Die Projektträger müssen nun den Rahmenantrag für das Modul 1 erstellen und diesen an das Land weiterleiten. Das Land hat, wie ursprünglich zugesagt, die Endfinanzierungsgarantie zu übernehmen und den Rahmenantrag mit höchster Priorität beim Bund anzumelden, denn nur so bleibe die Chance auf das Fördervolumen des Bundes erhalten.

Ein bloßes Verlassen auf die Fortschreibung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes hält Widmann-Mauz für blauäugig: „Wie im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbart, wird der Bund mit den Ländern Verhandlungen zur Fortführung des GFVG aufnehmen. Die letzte Verhandlungsrunde zum GVFG fand im Rahmen der Föderalismuskommission II statt, die sich mehrere Jahre hinzog. Die beschwichtigenden Worte einiger Grüner, man solle doch einfach abwarten, was am Ende des Bund-Länder-Dialogs rauskommt, ist fahrlässig, zumal es zum jetzigen Zeitpunkt keinen konkreten Zeitplan gibt noch eine Garantie, dass die Förderbedingungen bleiben, wie sie sind. Wir brauchen heute eine Lösung und nicht am Sankt Nimmerleinstag“.

Die Abgeordneten kündigen an, nach Vorliegen der genannten Voraussetzungen die Gespräche auf Bundesebene für die Regionalstadtbahn intensiv weiter voranzutreiben und erteilen dem Vorstoß der SPD eine Absage. Widmann-Mauz: „Aktionen nach dem Motto „Wenn Du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis“, beruhigen nur das eigene Gewissen und täuschen Betriebsamkeit vor. Die Gespräche laufen seit Jahren, es gibt klare Verabredungen der Beteiligten. Wichtig ist, dass das Land jetzt zu seinen Zusagen steht. Erst dann können wir das Projekt Regionalstadtbahn Neckar-Alb gemeinsam zum Erfolg bringen.“